

Bürgermeister sieht Kommunikationsproblem

FAHLER-BEBAUUNG Stadt Haiger bietet betroffenen Anliegern im Baugebiet „kleine individuelle Hilfen an“

Haiger (uju). „Huhn oder Ei – was war zuerst?“ Es sei müßig, sich gegenseitig die Schuld in die Schuhe zu schieben, sagte Bürgermeister Dr. Gerhard Zoubek (SPD) während eines Treffens mit „Fahler“-Anliegern am Dienstag. Die Stadtverwaltung hätte die Bewohner der talseitig gelegenen Straßenseite eingeladen. Einige sind unzufrieden, weil aus ihrer Sicht die neue Straße „zu hoch gebaut“ wurde und damit regelrechte Absätze zu ihren Grundstücken entstanden sind (wir berichteten).



Erste Gesichter bei den Hausbesitzern aus dem Fahler: Durch den Straßenausbau wurden ihre Einfahrten zu Rampen. Im Rathaus trafen sie auf Bürgermeister Dr. Gerhard Zoubek (SPD) und die Experten des Bauamts. (Foto: Jung)

Wie allgemein üblich war die alte Baustraße durch eine endgültige Straße ersetzt worden, was für einige Fahler-Bewohner unerwartete Folgen hatte: Einige talwärts gebaute Häuser liegen nun bis zu 60 Zentimeter unterhalb des neuen Fahlerbahn-niveaus. Zwischen Einfahrten und Straße gibt es einen regelrechte Absatz, den die Anlieger durch Aufplaste-

runge oder andere Bau-maßnahmen ausgleichen müssen. Bürgermeister Dr. Gerhard Zoubek sind die Probleme seit etwa drei Wochen bekannt. Er sieht die Verantwortung „bei den Häuslebauern und deren Architekten, die sich nach dem Bebauungsplan und der Hessianischen Bauordnung hätten richten müssen“. Die Anwohner beharren darauf,

nach den Vorgaben der Stadt gebaut zu haben.

Während eines Treffens am 28. Mai waren sie über den Ausbau informiert worden. Dabei sei explizit darauf hingewiesen worden, dass auf die Baustraße noch einmal 29,5 Zentimeter drauf kämen, erklärte der Bürgermeister. Diese Höhenangabe bezieht sich auf die obere Straßenmitte der Baustraße. Durch ein Gefälle der Straßen nach beiden Seiten kämen weitere Zentimeter hinzu.

■ 60 Zentimeter unter dem Niveau

Doch das erklärte nicht die 60 Zentimeter, die vier bis fünf betroffene Häuser unter dem neuen Fahlerbahniveau liegen, sagte Architekt Udo

Weber. „Da müssen weitere Elemente hinzugekommen sein.“ Er habe seitens der Stadt keine Antwort auf seine Fragen erhalten.

Zum Zeitpunkt der Anlieger-versammlung im Frühjahr waren die meisten der betroffenen Häuser bereits fertig. „Wir haben die Höhenangaben doch nicht aus-gewirfelt oder in der Glas-kugel gesehen“, erieferte sich Weber, der einen Bauherrn vertritt, dessen Gebäude bereits vor zehn Jahren erstellt worden war. Ein Mitarbeiter des Bauamtes der Stadt habe damals die Aufbauhöhe auf „zwischen 15 und 20 Zenti-meter“ beziffert. Der Architekt zeigte sich verärgert, dass vor dem endgültigen Stra-ßenausbau seitens der Ver-waltung keine einvernehmliche Lösung angestrebt wor-den sei. Diese Diskrepanz hätte der Bauleiter der Stadt erkennen müssen.“

Burkhard Klein, zuständiger Ingenieur für Straßen- und Kanalbau, erklärte, nach dem Bekanntwerden der Probleme sei die Aufbauhöhe bereits auf 23 Zentimeter „gedrückt worden“. Weitere Abtragungen der Baustraße hätten wegen der technisch notwendigen Überdeckung nicht vorgenommen werden können. „Es gibt ja auch Einfahrten, da passt alles“, betonte Klein. Er wisse nicht mehr, ob er das Problem, nachdem er es erkannt habe, auch mit den Anliegern be-sprochen habe, sagte der Sachexperte auf die Frage des



Deutliche Höhenunterschiede zwischen den Einfahrten und der neu gebauten Straße machen einigen Anliegern aus dem Fahler zu schaffen. Manche haben derzeit keine Chance, aus ihrer Garage auf die Straße zu fahren, weil ein extremer Höhenunterschied zu überwinden ist. (Foto: Triesch)

Hausesitzers Bayram Aktas. Während einige Anwohner und die Stadtverwaltung das Problem darin sahen, dass bei der Anlieger-versammlung im Mai einfach zu viel technisches Verständnis bei den Bauherren voraus-gesetzt worden sei, sprachen andere von einer „willkür-lichen Planung des Tiefbau-amtes“.

„Der Gefällepunkt der Straße hätte im Vorfeld verschoben werden können“, erklärte Architekt Udo Weber – das wäre aus seiner Sicht zu lösen gewesen, wenn die Stadt das Thema mit den Bauherren besprochen hätte. Es habe sicher ein Kom-

munikationsproblem zwischen Verwaltung und Bauherren gegeben, räumte Dr. Zoubek ein und riet, Problemlösungen zu suchen. Die Stadt biete auf Anfrage den betroffenen Hausbesitzern Beratungen an. Allerdings könne der Straßenbau nicht den unterschiedlichen Bedürfnissen aller Anlieger angepasst und somit wellen-förmig vorgenommen werden.

■ Alle Besitzer gleich behandeln

„Wie entschärfen wir die Dinge?“, fragte der Bürger-

meister und stellte „kleine individuelle Hilfen für die Hausbesitzer“ in Aussicht. So werde den Betroffenen bei-spielsweise der bisher nicht benötigte Schotter zur Ver-fügung gestellt. Weitere ein-vernehmliche Lösungen sol-len gefunden werden. „Da-bei darf ich Sie jedoch nicht wesentlich anders behan-deln als andere Hausbesit-zer“, schränkte der Rathaus-Chef ein.

Ob sich die streitenden Parteien in Einzelgesprä-chen einigen werden, oder es doch zu den – im Vorfeld von Anliegern erwogenen – Klagen kommen wird, ist unge-wiss.



Anzeige

Frauen-Zimmer Spendenlauf

Laufen und gleichzeitig Gutes tun!

Samstag, 21. 09. 2013
1000 Uhr, Dillenburg
Start: Heide der Gaststätte Erbes
10 Euro Startgeld

Anmeldung unter:
www.frauenzimmer-dillenburg.de

Anzeige

Bunte Herbstzeit

	Calluna mehrfarbige Heide ab 0,98
	Hebe Strauch- veronika ab 0,98
	Silberdraht "Calceophalus" ab 0,98
	Chrysan- themen ab 0,98
	Gaultherien winterhart Scheinbeere ab 0,98
	Aster "non-belgii", Herbstaster ab 0,98

Angebote gültig solange der Vorrat reicht!

Blumenhof Rosenberger
Ewersbach - Dillenburg - Herborn
www.blumenhof-rosenberger.de

DIE POLIZEI MELDET

Audi auf Pendlerparkplatz aufgebrochen

Haiger - Kalteiche (fra). Am Dienstagabend knackten unbekannte Automotoren auf der Kalteiche einen roten Audi 80. Der Besitzer hat den Wagen zwischen 18.40 und 20.40 Uhr auf dem Pendlerparkplatz an der B 54 abgestellt. Die Diebe brachen den Audi auf und griffen sich das Autoradio, eine Digitalkamera sowie ein Mobiltelefon im Gesamtwert von rund 800 Euro. Hinweise erbittet die Polizeistation in Dillenburg unter Tel.: 02771/9070.

10 Prozent der Christen leiden unter Schikane

VORTRAG Prof Schirmmacher referiert in Haiger über Verfolgung und Religionsfreiheit

Haiger (uju). „Je mehr Religionsfreiheit in einem Land herrscht, desto friedlicher geht es dort zu“, erklärte Prof. Dr. Thomas Schirmmacher (Direktor des Internationalen Instituts für Religionsfreiheit in Bonn) am Dienstagabend in Haiger. Auf Einladung der Jungen Union Breit-scheid-Haiger und der CDU Haiger sprach er in der Stadthalle vor 70 Zuhörern über „Religionsfreiheit und Christenverfolgung“.

Aus Sicht des Experten gibt es vier negative Entwick-lungen, die die Religions-freiheit – insbesondere der Christen – zunehmend einschränken. „Der Fundamentalismus-Begriff meint heute nicht mehr, nur einen Wahrheitsanspruch zu haben, son-der, einen Wahrheitsan-spruch mit Gewalt durch-zusetzen“, erklärte er. Dieser Fundamentalismus sei für die große Zahl christlicher Märtyrer und Opfer anderer Religionen verantwortlich. Die Hauptverantwortlichen seien nicht Religionen oder die Bevölkerung, sondern „gewalttätige funda-mentalistische Bewegungen, die meist auch die Regierung ihrer Herkunftsländer bekriegen“.

Man müsse unterscheiden zwischen gewaltbereiten Anhängern einer Religion und der breiten Masse. In Deutschland etwa gebe es 6000 gewaltbereite funda-mentale muslimische Extremisten – eine Minderheit an-gesichts von 4,5 Millionen Muslimen in Deutschland. Es gebe wenig Hoffnung auf Besserung, denn in der weltweiten Statistik von Ländern ohne Religions-freiheit stiegen immer mehr in höhere Kategorien auf. 64 der 193 Staaten weltweit befän-

den sich auf der fünfstufigen Skala bereits in der Kategorie 4 oder 5. In diesen Ländern lebten zwei Drittel der Weltbevölkerung.

Eine weitere negative Entwicklung machte der Theologie in der Zunahme von Nationalismus aus. Durch die Globalisierung und die multikulturelle Gesellschaft werde es schwierig, Nationalismus an gemeinsamer Geschichte, Abstammung oder Sprache festzumachen. „Es gibt immer mehr Länder, die deshalb zur Karte Religi-on greifen“, sagte Schirm-macher. „In Türkei ist Muslim, ein Einwohner Sri Lankas Buddhist, ein Inder Hindu und neuerdings ist ein Un-gar am besten Christ.“

■ Vertreibung aus islamischen Ländern

Bedenklich sei die Ver-treibung alteingesessener Christen aus islamischen Kernländern. Die islamische Welt (mit Ausnahme von Südostasien) sei inzwischen fast völlig ohne Judentum und bei fortschreitender Entwicklung auch vielleicht bald eine „christenfreie Zone“. Damit schwinde auch altes Kulturgut. Ähnlich sehe es für andere religiöse Minderheiten aus – zum Bei-spiel die türkischen Alevi-ten, deren Fluchtland Num-berlins, nach Verfolgung und Diskriminierungen in der Türkei, Deutschland sei. „Hier integrieren sie sich überwiegend gut, da sie die Scharia nicht halten und Frauen mehr Rechte zubilligen“, meinte Schirmmacher. „Die fehlende Religions-freiheit anderer Länder wirkt sich in einer globalisierten Welt automatisch auf uns aus“, fasste der Referent zu-sammen. Zahlreiche Todes-



Prof. Dr. Schirmmacher sprach in Haiger über Religionsfreiheit. (Foto: Jung)

opfer habe es bei Anschlägen auf koptische Kirchen in Ägypten gegeben. Andere koptische Kirchen in Europa seien bedroht worden. „Kurze Zeit später fanden er-stmals seit vielen Jahrzehnten in Deutschland Gottes-dienste einer ganzen Kon-fession unter Polizeischutz statt. Wir leben in einer globalisierten Welt, und die Probleme kommen zu uns.“

■ In einer globalisierten Welt kommen die Probleme zu uns

Schirmacher nahm auch Stellung zu der öffentlichen Kritik an Angela Merkels Aussage „Das Christentum ist die am meisten verfolgte Religion“. Diese Aussage hatte die Kanzlerin auf der Herbstsynode der Evangeli-schen Kirche in Deutschland

gemacht. Merkel habe zu Recht die weltweite Situa-tion der Religionsfreiheit als sehr negativ bezeichnet. „Wer immer der Kanzlerin unterstellt, sie wolle nur Christen schützen, hat nicht zugehört.“ Verlässliche Quellen legten nahe, dass die oft genannte Zahl von welt-weit 100000 christlichen Märtyrern vermutlich fünf-bis zehnmal höher liege. Die umfangreiche Studie „Christianophobia“ berich-tet, dass 130 Ländern Christen unterdrückt würden.

■ Unterdrückung in 130 Ländern

Das Christentum genieße die Sennenseiten der Religi-onsfreiheit stärker als andere Weltreligionen, bekomme aber auch die Schattenseiten stärker ab. Ungefähr 90 Pro-zent könnten unbehelligt ihre Religion ausüben. Keine andere große Religionsge-meinschaft leide aber mit ei-nem so hohen Prozentsatz wie die Christen (10 Pro-zent) unter Schikane bis hin zur Bedrohung von Leib und Leben.

Das Verhältnis sehe bei Muslimen ganz anders aus. Die 700 Millionen Muslime (ohne Indien und Russland) lebten in Ländern mit ein-geschränkter oder ganz ohne Religionsfreiheit. „Das heißt, dass eigentlich Muslime viel weniger Religionsfreiheit genießen als Christen. Da sie aber in muslimischen Län-dern leben, merken sie dies nur in der seltenen Fälle, wenn sie ihre Religion än-dern wollen“, erläuterte Schirmmacher: Rund 90 Pro-zent der Muslime leben auf der Schattenseite der Religi-onsfreiheit.“

Verfolgung bedeute, dass die fehlende Religionsfrei-

heit persönliche Konse- quenzen habe. „Je mehr Reli-gionsfreiheit in einem Land herrscht, desto friedlicher geht es dort zu.“

Clemens Reif, Landtags- abgeordneter der CDU, fand im Anschluss an das Referat kritische und selbstkritische Worte. Er bemängelte die Teilnahmslosigkeit der Kir-chen angesichts solcher Ent-wicklungen, aber auch ein Versagen der Politik: „Wenn die Kirche keinen Druck auf die Politik ausübt, fühlt die-se sich nicht bemüht, sich zu kümmern.“ Es sei auch be-denklich, dass oft unter Dik-tatoren (Beispiel: Assad und Mubarak) mehr Religions-freiheit geherrscht habe, als nach einer westlichen Ein-mischung.

Professor Schirmmacher beantwortete auch die Fra-gen der Zuhörer. Er stellte fest, dass in Syrien so ge-nannte „Wandererorten“ ihn Unwesens trieben. „Ter-rorismus in großem Stil kommt nicht ohne Unter-stützung der Länder aus.“ So seien nach seiner Kenntnis 15000 kämpfende Islamisten von Mali nach Syrien verlegt worden. „Die Kämp-fen keinen Deut für eine sy-rische Zukunft.“

Neben den beschriebenen negativen Entwicklungen gebe es auch positive Trends, wie beispielsweise die öko-menischen Anstrengungen und der Einsatz von Men-schenrechtsorganisationen gegen Christenverfolgung. Auch im politischen Bereich gebe es große Fortschritte im Einsatz für Religionsfreiheit, wie der Professor an den Bei-spielen Türkei, Südafrika und Pakistan erläuterte. „Weil immer bessere Informatio-nen und Dokumentationen vorliegen, gibt es immer we-niger Ausreden bei Christen-verfolgungen.“

Oktoberfest beginnt

Haiger (rst). Mit dem Bieranstich wird heute (Donnerstag) das Haigerer Oktoberfest eröffnet. Um 17 Uhr wird Bürger-meister Dr. Gerhard Zoubek (SPD) im Zelt auf dem Markt-platz zum Hammer greifen, um den Zapfhahn ins Fass zu he-förern. Bis 22 Uhr sorgt das „Borchholz-Orchester“ für Stimmung, derweil die Küche unter anderem Spießbraten-brötchen serviert. Der Ausschank endet um 23 Uhr.